

### **Reisebericht über den Kosovo – April 2009 (Teil 3)**

Im April reisten drei MitarbeiterInnen des Rom e.V. in den Kosovo. Ziel der Fahrt war eine Einschätzung der gegenwärtigen Lage vor Ort speziell für die dortige Roma-Minderheit vor dem Hintergrund drohender Abschiebungen von Roma-Familien aus Deutschland in den nächsten Monaten.

Während unseres Aufenthaltes in Prizren und der Hauptstadt Priština treffen wir VertreterInnen deutscher Organisationen, die bei der Wiedereingliederung von RückkehrerInnen behilflich sein sollen. Namentlich, des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Nürnberg und Bremerhaven.

In den letzten 20 Jahren hat es zwei große Fluchtbewegungen aus dem Kosovo gegeben: Die erste erfolgte in der Zeit verschärfter serbischer Repression seit 1989 und betraf in erster Linie AlbanerInnen, aber auch andere Gruppen. Diese Fluchtbewegung erreichte ihren Höhepunkt mit dem Krieg 1999. Wie in Teil I und II bereits beschrieben, flüchteten nach dem Krieg fast ausschließlich die nicht-albanischen Minderheiten. In beiden Fällen kommt eine weitere Anzahl von Leuten hinzu, die in erster Linie aus wirtschaftlicher Not den Kosovo verließen, wobei die Grenze zwischen wirtschaftlicher und politischer Motivation häufig kaum zu ziehen ist.

Grundsätzlich gilt, dass seit Ende des Kosovo-Krieges und der vermeintlichen Verbesserung der Lage bis hin zur Unabhängigkeit 2008, die „freiwillige“ Rückkehr von KosovarInnen durch die deutschen Behörden gefördert wurde. Es kann davon ausgegangen werden, dass diejenigen, die wirklich freiwillig zurückkehren wollen, dies bereits in den ersten Jahren nach Ende des Krieges getan haben. Seitdem kommt diese Rückkehr oft nur durch eine drohende Abschiebung zustande, von einer tatsächlichen Freiwilligkeit kann deshalb nicht die Rede sein. Vor die „Wahl“ gestellt, ziehen viele Menschen diese verordnete Freiwilligkeit, der oftmals entwürdigenden Prozedur einer Abschiebung vor. Hinzu kommt, dass viele Rückkehrprogramme eine Förderung oder Wiedereingliederungshilfe nur in Fällen der „freiwilligen“ Rückkehr vorsehen, was die Entscheidung zusätzlich „erleichtert“.

Bisher galt, dass bei einer individuellen Gefährdung der Personen eine Abschiebung nicht möglich war. Aus diesem Grund erfolgten Abschiebungen von Roma und Serben in den Kosovo bisher nur in Ausnahmefällen (z.B. wenn die entsprechende Person straffällig geworden war). Derzeit wird ein Abkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo ausgearbeitet, das Rückkehr und Abschiebungen dieser beiden Gruppen weiter erleichtern soll. Der dafür von der deutschen Botschaft im Kosovo angefertigte Lagebericht ist eine wichtige Grundlage für diese Entscheidung.

Fernab des Stadtzentrums von Prizren befindet sich das Büro des Projekts Heimatgarten der AWO Bremerhaven. Dort empfangen uns Isen Bobaj der Leiter und Raimonda Osmani die Projektassistentin von Heimatgarten (beide selbst Rückkehrer). Heimatgarten bietet eine Reihe von Beratungen, Vermittlungen sowie finanzielle Unterstützung für RückkehrerInnen aus Deutschland an. Abgeschobene sind von den finanziellen Zuwendungen explizit ausgenommen und können lediglich an den

Beratungen teilnehmen. In Anspruch genommen wird das Programm hauptsächlich von Roma, da AlbanerInnen in der Regel über Netzwerke im Kosovo und somit über einen besseren gesellschaftlichen Rückhalt verfügen. Deshalb sind sie oft nicht auf diese Programme angewiesen. Die finanzielle Unterstützung von Heimatgärten besteht im Wesentlichen in der Kostenübernahme der Existenzsicherung in den ersten Monaten, die die betreffenden Personen zurück in den Arbeitsmarkt bringen soll sowie Mietzuschüssen. Die Unterstützung ist auf maximal zwei Jahre befristet, danach muss die geförderte Person im Stande sein, sich und ihre Familie selbst zu versorgen. In Perspektivseminaren versucht Heimatgarten sowohl Rückkehrern wie auch Abgeschobenen, beratende Hilfestellung für die Wiedereingliederung in die kosovarische Gesellschaft zu geben. Viel mehr kann diese Organisation nicht anbieten. Bobaj und Osmani betonen, dass neben der Schwierigkeit einer dauerhaften Finanzierung des Projekts, es kaum möglich sei, angesichts der profunden Probleme des Kosovos eine größere Zahl von RückkehrerInnen nachhaltig zu reintegrieren. Für eine kleine Zahl sei dies möglich, sofern es die nötigen Gelder gebe und diese mindestens eine Förderung von zwei Jahren abdecken würden. Andernfalls würde der Kreislauf von Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit von vorne beginnen. Sie hoffen deshalb, dass die Bundesregierung von Abschiebungen in der nahen Zukunft absieht.



*Büro des BAMF in Priština*

Mit dem Leiter des BAMFs in Priština Herrn Kaas treffen wir einen offiziellen Vertreter eines deutschen Ministeriums, das für RückkehrerInnen verantwortlich zeichnet. Ein erstes Projekt, das sich an alle RückkehrerInnen aus EU-Staaten richtete, startete 2007 mit dem Namen URA (Brücke) und beinhaltete u.a. Mietzuschüsse, Wohnungsvermittlungen, Existenzgründungsseminare, Arbeitsfördermaßnahmen und Sprachkurse. Wegen Unklarheiten bezüglich der Finanzierung und der Bewilligung der Gelder, startete URA verspätet und dauerte nur einige Monate. Hinzu kam, dass Abgeschobene explizit von allen diesen Leistungen ausgenommen waren.

Das Folgeprojekt URA 2 versuchte deshalb auch Angebote für Abgeschobene aufzunehmen, damit diese „nicht ohne jede Hilfe auf der Strasse leben und sich ihre Nahrung aus Mülltonnen zusammensuchen müssen“, wie Herr Kaas aus eigener Beobachtung berichtet.

War URA 1 noch ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Organisationen und Länder (u.a. dem International Office for Migration (IOM), den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, dem Land Slowenien, der Arbeitsgruppe für Entwicklung und Fachkräfte (AGEF) des Münchener Instituts für Trauma Therapie (MIT) und der AWO Nürnberg), so wird URA 2 nur noch vom BAMF sowie drei Bundesländern finanziert (NRW, Niedersachsen und BaWü), was bedeutet, dass nur noch Rückkehrer und Abgeschobenen aus diesen drei Ländern, die Mittel in Anspruch nehmen können. Die AWO Nürnberg zog es vor, ohne das BAMF alleine weiter zu arbeiten. Wie in Prizren arbeiten auch dort AlbanerInnen, die selbst zur Gruppe der Rückkehrer zählen.

Die Probleme, die dem Projekt von Beginn an anhafteten sind umfangreich: Viel Zeit und Geld gingen wegen etlicher bürokratischer Hürden und Unzulänglichkeiten verloren, z.B. benötigte man etliche Monate, um ein passendes Gebäude zu finden und zog in der Anfangszeit von Prizren über Mitrovica nach Priština dreimal um. Ein weiteres Problem bestand in der fehlerhaften Beratung Informierung von willigen Rückkehrern, denen in Deutschland mit falschen oder unzureichenden Informationen, die Rückkehr schmackhaft gemacht werden sollte. Im Kosovo mussten sie dann erfahren, dass Leistungen entweder deutlich kürzer oder auch gar nicht gezahlt wurden. Ein Großteil des Geldes, das eigentlich für RückkehrerInnen vorgesehen war, wurde von den eigenen Kosten verschlungen. Alle MitarbeiterInnen des BAMF, inzwischen acht Personen, beziehen Gehälter, wovon ein Durchschnittskosovare nur träumen kann. Hinzu kommt eine geringe Akzeptanz des Projekts unter RückkehrerInnen und Abgeschobenen, was nicht zuletzt mit der Verstrickung des Ministeriums in die deutsche Abschiebep Praxis zusammen hängt. Die fehlende Effektivität der einzelnen Programme von URA tragen zusätzlich dazu bei, dass man das Projekt insgesamt als gescheitert erklären kann.



All dies lässt bei uns erhebliche Zweifel zurück, ob es sich bei den beschriebenen Projekten um mehr handelt, als um ein Feigenblatt, das die oftmals inhumane Praxis der Abschiebungen mit einem humanitären Deckmäntelchen versehen soll. Aus Sorge vor einem schlechten Image und wegen der eigenen Verwicklung in die aktuellen Probleme des Kosovos, bemühen sich Regierung und Ministerien durch eine Reihe von Alibi-Projekten, die

Zumutungen, die eine verordnete Rückkehr oder Abschiebung oft bedeuten zu kaschieren.

Im Gegensatz zu Herrn Kaas, so bekommen wir den Eindruck, sind die albanischen MitarbeiterInnen der AWO-Projekte eher bereit, die Schwierigkeiten und Fallstricke ihrer Arbeit ein Stück weit kritisch zu reflektieren. Sie taten dies umso mehr, je länger unsere Gespräch dauerten und vor allem, nachdem wir die Kamera abgeschaltet hatten. Eine antiziganistische Grundstimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen des Kosovos mit den unerträglichen Folgen für die Betroffenen, streiten sie jedoch gleichermaßen ab. Übergriffe und Diskriminierung gegen Roma gebe es nicht mehr im Kosovo, so der allgemeine Tenor. Übergriffe seien Begleiterscheinungen eines jungen gerade unabhängig gewordenen Staates, der über eine konfliktreiche Geschichte verfügt. In den meisten Fällen, so wird behauptet, wären Übergriffe nicht einem Rassismus geschuldet, sondern hätten ihre Ursachen in Ereignissen der Kriegszeit. – Von dieser Argumentation ist es jedoch nur ein kurzer Weg zum weit verbreiteten Vorwurf der Kollaboration von Roma mit den Serben. Ein Vorurteil, von dem die MitarbeiterInnen der Hilfsorganisationen nicht frei zu sein scheinen.

## Resümee

Die Probleme des Kosovo sind manifest. Derzeit ist nicht ersichtlich wie sie gelöst werden könnten. Die Situation derer, die bereits jetzt dort leben und das schließt AlbanerInnen und SerbInnen mit ein, ist häufig schwierig und unbefriedigend genug und würde durch massenhafte Abschiebungen sicherlich weiter verschlechtert werden. Von Abschiebungen und verordneter Freiwilligkeit sollte deshalb abgesehen werden.

Konkret sind zurzeit 25.000 Roma allein in Deutschland von Abschiebungen bedroht. Ein gesichertes Bleiberecht sollten dabei vor allem endlich jene bekommen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und sich eine Zukunft anderswo gar nicht mehr vorstellen können. Dies gilt vor allem für Jugendliche, für die ein Leben im Kosovo ohne Kontakte und Anknüpfungspunkte keine Option darstellt und die alles dafür tun werden, das Land möglichst schnell wieder zu verlassen.

Wer dereinst auf politischer Ebene den Kosovo-Krieg mit der Verletzung von Menschenrechten begründete, kann heute Abschiebungen dorthin nicht befürworten, ohne dabei den eigenen Menschenrechtsdiskurs zu diskreditieren. Das Kosovo ist heute eine Gesellschaft, die trotz immenser internationaler Hilfen, tausenden von Menschen keine Zukunft bieten kann.



### *Europäische Zukunft für das Kosovo?*

Abschiebungen ins Kosovo von Roma-Flüchtlingen darf es zum jetzigen Zeitpunkt auf gar keinen Fall geben. Neben der unsicheren und schlechten wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen katastrophalen medizinischen Versorgung des Kosovos unter der alle dort lebenden Menschen leiden und die durch weiteren Zuzug eher verschärft denn verbessert werden würde, kommt die traurige Situation hinzu, unter der alle nicht-albanischen Menschen des Kosovo zu leiden haben. Für Roma, die bekanntlich nirgendwo eine Lobby haben, ist die Lage deshalb noch schlechter und verheerender, als für die anderen Minderheiten des Kosovos. Dies zählt umso mehr, wenn den Flüchtlingen stattdessen in Deutschland eine Perspektive geboten werden könnte.

*Text und Bilder von Patrick Fels, Ilona Obergfell und Iris Biesewinkel*

Zur Problematik der Arbeit deutscher Hilfsorganisationen für Rückkehrer im Kosovo sei auf die Broschüre „Angeordnete Freiwilligkeit“ von Pro Asyl verwiesen. Sie kann unter: <http://www.proasyl.de> bestellt werden.

Weitere Informationen zu Roma im Kosovo sowie aktuellen Abschiebemaßnahmen und Protesten finden sich auch auf den Internetseiten:

<http://www.roma-kosovoinfo.com> und <http://www.roma-treffen.de>

**Samstag, 03. Oktober 2009**

Demonstration:

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik im europäischen Kontext - Das ganze Bleiberecht für alle!!

13:00 Uhr Friesenplatz Köln

Nähere Informationen unter: <http://www.kmii-koeln.de>

**Kontakt**

**Rom e.V.**

**Venloer Wall 17**

**50672 Köln**

**Tel.: +49-221-242536**

**Fax: +49-221-2401715**

**beratungsstelle@romev.de**

**http://www.romev.de/**